Danziger Volksstimme

Einzelnummer 4 Mill. M.

Bezugspreis für die Woche vom 1. 10. — 6. 10. 1923 20 Mill. Papiermk oder 25 Goldpfg. Postbezugspreis für Oktober: Grundpr. 18 000 M., Schlüsselzahl freibleibend Anzeigen: d. Nonpar. Zeile 15 Goldpfg., Reklamezeile 60 Goldpfg. zahlbar in Papiermk nach dem Stande des Dollar am Vortag des Zahltages. 1 Dollar = 4,20 M. — Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 229 — Montag, den 1. Oktober 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945 Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

An die erwerbstätige Bevölkerung in Stadt und Land!

Wähler und Wählerinnen des Freistaates!

Der Wahlkampf hat begonnen. Am 18. November soll das Freistadtparlament, der Volkstag, neugewählt werden. An diesem Tage ist der Danziger Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, über diejenigen, die in den letzten 4 Jahren die Regierung in unserm kleinen Staatswesen innehatten, Gericht zu halten. Darüber hinaus soll die Danziger Bevölkerung ihren Willen kundtun, wie sie in Zukunft regiert werden will.

Die vergangene Volkstagsperiode stand unter dem Zeichen der

Herrschaft des Bürgerblocks.

Die unselige Zersplitterung in der Arbeiterschaft hatte es mit verursacht, daß die ersten Volkstagswahlen im Jahre 1920 eine starke bürgerliche Mehrheit ergeben hatten. Diese bürgerliche Mehrheit hat in den Jahren ihrer Herrschaft ihre einzige Aufgabe darin gesehen, die kapitalistischen Interessen der besitzenden Schichten wahrzunehmen, zum Schaden der breiten erwerbstätigen Volksmasse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbürger und Rentner.

Diese

kapitalistische Einheitsfron

der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Partei fand ihren Niederschlag im Bürgerblock und im Senat. Kein Wähler und keine Wählerin darf vergessen, daß einzig und allein diese drei bürgerlichen Parteien die Verantwortung für all das tragen, worunter die Danziger Bevölkerung in den letzten Jahren so schwer zu leiden hatte.

Vom ersten Tage seines Bestehens an hat der Bürgerblock die Interessen der Arbeitnehmer, die den Versprechungen der bürgerlichen Parteien Glauben geschenkt hatten, verraten. Durch den Bürgerblock wurden die Arbeitnehmer aller Schichten um eins der wichtigsten Rechte, das sie im alten Vaterland, in der deutschen Republik haben, betrogen.

Als die Sozialdemokratie bei Schaffung der Danziger Verfassung den Antrag stellte, für Danzig auch das deutsche Betriebsrätegesetz zu übernehmen, das den Arbeitnehmern wirksamen Schutz bei Entlassungen und maßgebenden Einfluß bei Einstellungen und Betriebseinschränkungen gibt und die Betriebsratsmitglieder zu verantwortlichen Leitern der Betriebe heranbildet, lehnten sämtliche bürgerlichen Parteien die Uebernahme des Betriebsrätegesetzes ab.

Die Kapitalisten wollten eben keine Erweiterung der Arbeitnehmerrechte. Sie wollten unumschränkte Herren in ihrem Hause sein und über das Wohl und Wehe der Arbeitnehmer allein entscheiden. Diese sollen nur willenlose Heloten, aber keine freien, gleichberechtigten und mitbestimmenden Träger des Wirtschaftslebens sein. Hierbei leistet ihnen der Bürgerblock bereitwilligst Unterstützung.

In demselben volksfeindlichen Sinne äußerte sich auch in den folgenden Jahren die Herrschaft des Bürgerblocks. Wie konnten die Deutschnationalen nicht über die deutsche Schieber- und Wucherrepublik witzeln, trotzdem die Schieber und Wucherer einzig und allein den Deutschnationalen und sonstigen kapitalistischen Kreisen entstammten.

In Danzig, wo die Deutschnationalen im Bürgerblock eine unbeschränkte Macht hatten, hat sich aber das Wucher- und Schiebertum in einem Maße ausgetobt, wie es in Deutschland selbst unter den rein bürgerlichen Regierungen nicht möglich gewesen ist.

Auch bei dieser Frage wurden alle Anträge der Sozialdemokratie niedergestimmt, wenn diese scharfe Maßnahmen gegen den Wucher verlangten. **Der Getreide-, Kartoffel- und Fleischwucher** hätte niemals in solch unverschämtem Maße die Taschen des arbeitenden Volkes ausbeuten können, wenn die bürgerlichen Parteien nicht aus kapitalistischer Interessenpolitik heraus alle Anträge der Sozialdemokratie, die eine Verbilligung dieser notwendigsten Lebensmittel bezweckten, niedergestimmt hätten. Auch war es der Bürgerblock, der seinerzeit dem Wirtschaftsabkommen mit Polen zustimmte, durch welches die Lebenshaltung der Danziger Bevölkerung ungemein verteuert wurde. Gerade die Frauen, die unter der agrarischen Wucherpolitik am meisten zu leiden und die ganze Wirtschaftsmisere zu tragen haben, sollten den bürgerlichen Parteien am Wahltag die Quittung für diese skandalöse Verteuerungspolitik erteilen.

Dasselbe volksfeindliche Verhalten bewiesen die bürgerlichen Parteien in der Steuerpolitik.

Bis zum Weißbluten wurden die Arbeitnehmer und Konsumenten durch die Steuerschraube geschröpft.

Durch die vom Bürgerblock beschlossene Umsatzsteuer wurden die notwendigsten Lebens- und Bedarfsgegenstände aufs schwerste belastet. Der 10prozentige Steuerabzug sorgte dafür, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten bis auf den letzten Pfennig versteuert wurde. Dagegen wurden die kapitalkräftigen Kreise in völlig unzureichender Weise zur Steuerleistung herangeholt. Es gab unzählige kapitalistische Erwerbsunternehmungen, Aktiengesellschaften und Banken, die zwar

Millionengewinne auf Kosten der Allgemeinheit

zusammenrafften, aber keine Steuern an den Staat abführten. Besondere Rücksicht ließ man bei der Steuerzahlung auch den Agrariern gegenüber walten. So mancher Gutsbesitzer im Freistaat hat weniger Steuern gezahlt als der ärmste Proletarier.

Diese skandalöse Steuerpolitik übte der Bürgerblock mit brutaler Offenheit aus. Mit Händen und Füßen wehrte er sich gegen eine gerechte steuerliche Belastung der besitzenden Kreise, indem sich noch vor wenigen Monaten **alle bürgerlichen Parteien gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Offenlegung der Steuerlisten wandten.** Es sollte eben verhütet werden, daß die Oeffentlichkeit die Steuerdrückerei der Besitzenden kontrollierte.

Die den arbeitenden Volkskreisen abgenommenen Steuersummen wurden vom Senat in leichtfertigster Weise dazu verwandt, um für

deutschnationale Parteigänger gutbezahlte Posten

zu schaffen. Die Einsetzung eines 22köpfigen Senats bedeutete nicht nur eine Verwässerung der demokratischen Grundlage der Danziger Verfassung, indem durch diesen Senat eine zweite Kammer geschaffen wurde, die nur z. T. vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig ist, sondern belastete auch den kleinen Freistaat finanziell in außerordentlich schwerer Weise. Nicht nur daß die 14 parlamentarischen Senatoren bedeutende Aufwandsentschädigungen erhalten wird eine größere Anzahl höherer Beamten in den Ressorts dieser Senatoren beschäftigt deren Arbeit in den Ressorts der hauptamtlichen Senatoren sehr leicht erledigt werden kann. Völlig überflüssige Einrichtungen, wie z. B. das Oberverwaltungsgericht, das ehemals für eine große preußische Provinz bestimmt war, wurden im kleinen Freistaat beibehalten, nur weil deutschnationale Senatoren dort einen gutbezahlten Posten haben. Unzählige Beamte, deren Beschäftigung durch die Loslösung vom Deutschen Reich hinfällig geworden ist, werden hier weiter behalten, nur weil sie deutschnationale Parteigänger sind. Unzählige Summen wurden auch für

allerlei militaristische Spielereien

verausgabt. Nicht allein, daß Schupo und Zollverwaltung nach rein militärischen Grundsätzen organisiert sind, wurden auf Kosten der Allgemeinheit auch noch andere Militärformationen, wie Einwohnerwehr und Postkompanien, geschaffen. Diese bringen ehemaligen Offiziers gutbezahlte Posten und sollen bei passender Gelegenheit die um ihre Lebensrechte kämpfende Arbeiterschaft niederknüppeln helfen. Unzählige Millionen wurden auf diese Weise in Danzig diesem kulturwidrigen Zweck geopfert.

Dagegen ist **kein** Geld da, wenn es gilt, die

Renten der Invaliden, die Unterstützungssätze der Arbeitslosen so zu erhöhen,

damit sie wenigstens einigermaßen mit den erhaltenen Unterstützungen ihr Dasein fristen können.

Der Senat hat auch kein Geld, wenn es um Kulturaufgaben geht. Die bürgerlichen Parteien führen zwar immer laut und lärmend das Wort von der „Erhaltung des Deutschtums" im Munde. Nichts könnte diesem Zweck mehr dienen, als die Hebung und der Ausbau unseres Schulwesens. Der kürzlich dem Volkstag vorgelegte Gesetzentwurf über die Schulunterhaltungspflicht zeigt aber auch die ganze

kulturelle Rückständigkeit des Bürgerblocks.

Die Agrarier sollen möglichst von den Schullasten befreit werden. Es ist kennzeichnend für den Geist, der im Bürgerblock herrscht, daß der dem Danziger Volkstag vom Senat vorgelegte Gesetzentwurf fast wörtlich einem vor 20 Jahren vom preußischen Dreiklassen-Parlament beschlossenen Schulgesetz entnommen ist. Das ist die kulturelle Förderung des Deutschtums durch den Senat und Bürgerblock!

Schwere Schuld lud der Bürgerblock auch durch die

Sabotage einer gesunden Währungspolitik

auf sich. Die Sozialdemokratie forderte schon seit langer Zeit die Einführung einer eigenen Danziger Währung, weil sonst der Verfall der deutschen Mark schwere wirtschaftliche Nachteile auch über Danzig bringen würde und die Gefahr der Einführung der polnischen Währung heraufbeschworen wurde. Aber bis in den Sommer dieses Jahres hinein wollte der Bürgerblock keine Währungsreform in Danzig. Das Unternehmertum machte bei der Beibehaltung der Reichsmark glänzende Geschäfte, indem es seine Waren zu hochwertigen Auslandsvaluten verkauft und seine Arbeiter mit der minderwertigen Papiermark entlohnte. Der jetzt zur Beratung stehende Währungsreformplan Volksmanns spricht den Bürgerblock nicht von der jahrelangen Schuld in dieser Frage frei.

Die kapitalistische Klassenherrschaft des Bürgerblocks fand allzuwillige Unterstützung durch die Verwaltungsorgane und die Justiz. Die nach der Freistaatgründung geschaffene neue Danziger Polizeitruppe sah ihre Hauptaufgabe in der

brutalen Vergewaltigung der Arbeiterschaft,

wenn diese sich gegen ihre völlig unzureichende Entlohnung und gegen die unersättliche Profitgier des Unternehmertums und gegen die unumschränkte Herrschaft des Wuchertums zur Wehr setzte. Mit Bajonett und Säbel, mit Revolver und Handgranaten versuchte der Senat durch seine Schupo die kämpfende Arbeiterschaft niederzuschlagen. Dafür werden aber rebellierende Agrarier, die nicht nur das Getreide-Umlagegesetz sabotierten, sondern auch tätlich gegen Staatsbeamte vorgingen, von der Danziger Justiz freigesprochen. Das ist die vielgepriesene Gleichheit vor dem Gesetz in Danzig.

Politische und soziale Entrechtung der werktätigen Bevölkerung, unumschränkte Herrschaft des Wuchertums, unerträgliche Steuerlasten für die Arbeitnehmer und dafür weitgehendste Schonung der besitzenden Klasse, Verschwendung der Staatseinnahmen für überflüssige militärische Spielereien, sträfliche Vernachlässigung kultureller Notwendigkeiten, brutale blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung und mildeste Behandlung agrarischer Rebellen, das sind die Taten und Früchte der dreijährigen Herrschaft des Bürgerblocks.

Kein Arbeiter und Angestellter, kein Beamter und Rentner, kein Kleinbürger und Landproletarier, kein vorwärtsstrebender Intellektueller kann einer dieser bürgerlichen Parteien am Wahltage wieder seine Stimme geben, wenn er sich nicht selbst freiwillig seinen ärgsten Ausbeutern, Peinigern und Feinden ausliefern will.

Auch die andern nicht im Senat vertretenen bürgerlichen Parteien kommen für einen denkenden Wähler nicht in Frage.

Die Polen erstreben die Einverleibung Danzigs in das polnische Reich.

Das würde aber bedeuten, daß die deutsche Danziger Bevölkerung, und das sind neunzig Prozent der Danziger, der polnischen Willkür und nationalistischen Unterdrückung preisgegeben wäre. Polen ist heute einer der reaktionärsten Staaten Europas. Der Militarismus feiert dort ungehemmte Orgien. Die Regierung liegt in den Händen der polnischen Junker und Pfaffen, die das arbeitende Volk ebenso knechten und unterdrücken, wie es seinerzeit die preußischen Junker taten. Die Auslieferung Danzigs an Polen wäre auch die Auslieferung der arbeitenden Bevölkerung Danzigs an eine volksfremde brutale Herrenkaste.

Eine besonders gefährliche Agitation, die die volksfeindlichen Ziele geschickt zu verbergen sucht, treiben die

Deutschsozialen, die sich als die einzigen Feinde des jüdischen Kapitals aufspielen

und den Juden alle Schuld an der heutigen wirtschaftlichen und politischen Misere zuschieben. Sicherlich

gibt es viele jüdische Kapitalisten und Schieber, die zu den schlimmsten Ausbeutern des arbeitenden Volkes gehören. Aber

der Antisemitismus der Deutschsozialen ist ein großer Betrug,

weil diese Partei sich zum Schutzherrn des christlich-germanischen Kapitals aufwirft, das das arbeitende Volk zum mindesten ebenso ausbeutet, wie das jüdische Kapital. Für den Mammutkapitalisten **Stinnes**, der in der schwersten Zeit seines Volkes riesenhafte Kapitalien zusammenraffte, fanden die Deutschsozialen die lächerliche Entschuldigung, daß er wahrscheinlich im geheimen viel Gutes tue. Das deutsche Volk hat von diesen geheimen Wohltaten des deutschsozialen Schützlings Stinnes aber bisher nichts gemerkt. Die Deutschsozialen wettern wohl gegen den jüdischen Kapitalisten Jewelowski, aber der christlich-germanische **Schichau**, der einer der schlimmsten und rücksichtslosesten Ausbeuter der Danziger Arbeiterschaft ist, findet bei ihnen liebevollen Schutz, genau wie die Wucherer der christlich-germanischen deutschnationalen Agrarier. Wie wenig die Deutschsozialen Anspruch darauf haben, als eine Volkspartei zu gelten, zeigt ihr unverhüllter Kampf gegen die demokratischen Volksrechte und ihr offenes Eintreten für eine reaktionäre Diktatur des Kriegsverlängerers Ludendorff. So Diktatur des Kriegsverlängerers Ludendorff. Die Deutschsoziale Partei wurde in Danzig nur aufgezogen, um die durch die deutschnationale Senatspolitik der Reaktion entfremdeten Wähler wieder für diese einzufangen.

Den Weg ins Verderben weist aber auch die Kommunistische Partei.

Sie gebärdet sich zwar als sehr radikale Feindin des Kapitals und der Reaktion. In Wirklichkeit aber tut sie alles, um die Macht der Reaktion und des Kapitals zu stärken. Durch ihre Propaganda des Bruderkriegs in der Arbeiterschaft lähmt sie die Macht der kämpfenden Arbeiterschaft. Aus fanatischem Haß gegen die proletarische Bruderpartei, die Sozialdemokratie, verbündet sie sich mit den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft. Gleich den Deutschvölkischen erstrebt sie die Vernichtung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des arbeitenden Volkes und die Errichtung der Diktatur einiger Machthaber über die breiten Massen des Volkes. Gleich den Deutschvölkischen predigt sie neuen Krieg gegen die Entente, der nur neues Elend über das deutsche Volk bringen würde. Gemeinsam mit den kapitalistischen Klassenfeinden haben die Kommunisten sozialdemokratische Arbeiterregierungen in Deutschland gestürzt und offen als ihr Ziel die

Vereinigung von Hakenkreuz und Sowjetstern

gepredigt. Eine Partei jedoch, die von wenigen wahnwitzigen Machthabern von Moskau aus regiert wird, die mit blutigen Putschparolen die Köpfe der Arbeiterschaft verwirrt und die sich aus fanatischem Haß gegen die Sozialdemokratie mit den schlimmsten Feinden des Volkes, den Hakenkreuzlern, verbündet, hat das Recht verwirkt, als Partei des arbeitenden Volkes zu gelten.

Wähler und Wählerinnen des Freistaates!

Folgt keiner dieser Parteien, wenn sie am 18. November wieder um eure Stimmen buhlen. Gebt eure Stimmen nur allein der

Liste der Vereinigten Sozialdemokratie.

Einzig und allein die Sozialdemokratie hat in den Jahren der Herrschaft des Bürgerblocks eure Interessen vertreten. Wenn sie ihre Forderungen nicht durchsetzen konnte, so lag das an dem Widerstand, den die geschlossene Kapitalsphalanx der bürgerlichen Parteien ihr entgegensetzte. **Ihren 26 Stimmen standen über 80 Gegner gegenüber.** Eure Wahl kann nicht schwer sein. Nur die Sozialdemokratie ist es, die den

Wahnsinn der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung

bekämpft. Der Wirtschaftsordnung, die es einigen wenigen ermöglicht, in prassendem Ueberfluß zu leben, während die breiten Volksmassen in Not und Elend dahinvegetieren.

Nur die Sozialdemokratie ist es, die das

demokratische Selbstbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes

erstrebt und es gegen alle Putschisten und Gewaltspolitiker, gegen alle reaktionären Volksfeinde und Volksverächter, gegen alle herrschaftslüsternen Diktatoren und gegen auswärtige Imperialisten verteidigt.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Herstellung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht dazu dienen soll, um den Agrariern, Industriellen und Händlern ungeheure Profite zu ermöglichen, sondern um den arbeitenden Volksschichten ein erträgliches Dasein zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Staat ein Organ des gesamten Volkes und für das ganze Volk ist. Fort mit der Klassenjustiz, die den Arbeiter wegen geringfügiger Streikvergehen auf Monate und Jahre ins Gefängnis steckt und rebellierende Agrarier unbehelligt läßt. Fort mit allem militaristischen Plunder und dem brutalen Kommißgeist bei den Behörden und der Schupo! Die Polizei soll ein Organ zum Schutz des Volkes und nicht eine Unternehmerwaffe gegen das Volk sein. Fort mit allen militärischen Organisationen, die dem Steuerzahler ungeheure Summen kosten, eine ständige Bedrohung der werktätigen und demokratischen Volksteile sind und den Staat nur in außenpolitische Schwierigkeiten bringen.

Vereinheitlichung und Vereinfachung des Beamtenapparats

muß eine der ersten Aufgaben des neuen Freistaatsparlaments sein. Der vom jetzigen Senat in letzter Stunde in Angriff genommene Abbau des Beamtenapparats trifft in erster Linie die wirtschaftlich Schwachen, während man die höheren Beamten in ihren gutbezahlten und dabei höchst überflüssigen Stellungen völlig ungeschoren läßt. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der im Interesse der Allgemeinheit gelegene Beamtenabbau unter möglichster Schonung der wirtschaftlich Schwachen durchgeführt wird. Für die Beamtenschaft verlangt die Sozialdemokratie das Mitbestimmungsrecht, das durch Schaffung eines Beamtenrätegesetzes sicherzustellen ist.

Die Not der Invaliden und Altersrentner, der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen

hat in der Sozialdemokratie stets eine warme und uneigennützige Fürsprecherin gefunden. Der Bürgerblock hatte für allerlei überflüssige Dinge Geld in Hülle und Fülle. Die notleidenden Rentner wurden aber mit wenigen Pfennigen abgespeist und im übrigen auf die Bettelei in der Oeffentlichkeit verwiesen. Denkt daran, ihr Rentner und Invaliden und laßt euch nicht wieder durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien einfangen.

auch der Arbeitslosen angenommen und mit allem Nachdruck das

Recht auf Arbeit

vertreten. Um die Unterstützung der Erwerbslosen einigermaßen den schweren Zeitverhältnissen anzupassen, hat sie im Volkstag bereits vor einigen Wochen die Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung in Goldmark gefordert.

Eine der ärgsten Verleumdungen der Sozialdemokratie durch das Bürgertum ist es, wenn es ihr nachsagt, daß sie nur die materiellen Interessen der Arbeiter vertrete, aber für die kulturellen Fragen kein Verständnis zeige. Gerade die Kulturfragen nehmen im sozialdemokratischen Programm einen weiten Raum ein und schon Lassalle, der Begründer der deutschen Sozialdemokratie feierte

die Verbindung von Proletariat und Wissenschaft.

Und einer der größten deutschen Gelehrten mußte vor zwanzig Jahren anerkennen, daß Kunst und Wissenschaft einzig und allein unter den Fittichen der Sozialdemokratie Schutz vor der sie bedrohenden Verfolgung durch eine finstere Reaktion gefunden hätten. Nur die Sozialdemokratie hat stets die Forderung der vorwärtsstrebenden Volksschullehrerschaft nach

Schaffung der Einheitsschule

unterstützt. Sie bekämpft deshalb auch mit ganzer Macht den vom bürgerlichen Senat dem Volkstag vorgelegten Gesetzentwurf über die Schulunterhaltungspflicht. Wer daher einen freiheitlichen und einheitlichen Ausbau unseres Schulwesens, wer den kulturellen Fortschritt will, muß am 18. November für die Liste der Vereinigten Sozialdemokratie stimmen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Danziger Politik ist die Regelung unseres Verhältnisses zur benachbarten Republik Polen. Die maßgebende Partei im Senat, die Deutschnationalen, sind die Vertreter des nationalistischen Alldeutschtums, das kein friedliches Zusammenarbeiten der Völker kennt, sondern nur die Herrschaft der einen und das Unterjochtsein der anderen. Kein Wunder, daß deutschnationale Senatoren in der auswärtigen Politik sich in einem höchst unangebrachten und dazu völlig ungeschickten Kraftmeiertum ergingen, das Danzigs an für sich schon äußerst schwierige Lage nur noch erschwerte. Die Sozialdemokratie erkennt die wirtschaftlichen Zusammenhänge an, die durch den Versailler Frieden zwischen Danzig und Polen geschaffen wurden und wünscht ein friedliches Zusammenarbeiten mit Polen. Sie erklärt sich aber auch mit aller Entschiedenheit gegen die

Annexionswünsche der polnischen Imperialisten

und betont das Recht der Danziger Bevölkerung auf politische und kulturelle Selbständigkeit. Nur eine gegenseitige Achtung der Lebensrechte des anderen, nur ein verständigungsbereites Entgegenkommen beider Teile gibt die Bürgschaft für Frieden und Wohlfahrt beider Staaten.

Männer und Frauen der Freistaatbevölkerung!

Wer weiter in Not und Elend, in sozialer und politischer Unterdrückung leben will, der wählt am 18. November die Parteien des Bürgerblocks.

Wer aber Freiheit und Wohlergehen für sich und seine Kinder erstrebt, wer den geistigen und kulturellen Fortschritt seines Volkes will, wer die Herrschaft des freien Geistes über die brutale Gewalt und ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker erstrebt, der wählt am 18. November die

Liste der Vereinigten Sozialdemokratie.

Für jeden denkenden Wähler, für jede sorgende Wählerin kann die Wahl zwischen den Parteien des Bürgerblocks und der Sozialdemokratie nicht schwer sein.

Unser Ziel ist die Vernichtung der kapitalistischen Diktatur des Bürgerblocks, die vier Jahre lang die Danziger Bevölkerung hart bedrückte.

Unser kleiner Freistaat soll in Zukunft ein Staatswesen werden, in dem sich auch der letzte und ärmste Staatsbürger wohl fühlen kann, das allen seinen Bewohnern Arbeit und Brot, Frieden und Freiheit bringt und in dem nicht profitkapitalistischer Eigennutz, sondern das Wohlergehen der Gesamtheit oberstes Gesetz ist.

Darum auf in den Kampf, ihr Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, für Demokratie und Sozialismus!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Landesvorstand der Vereinigten Sozialdemokratie Danzigs.

Reaktionäre Diktatur in Bayern.

Als die bayerische Regierung am Donnerstagabend beschloß, den Ausnahmezustand zu verhängen, mit dessen Durchführung Herr v. Kahr betraut wurde, und noch in derselben Nacht das schleunigst zusammengerufene Reichskabinett das militärische Ausnahmerecht über ganz Deutschland verhängte, konnte niemand im Unklaren darüber sein, daß wir hier einen Vorgang erlebten, der am besten in die Worte gekleidet wird: Ausnahmezustand gegen Ausnahmezustand. Rechtlich betrachtet, war das Mandat Herrn Kahrs mit dem vom Reichspräsidenten verhängten Ausnahmezustand und der Uebergabe der vollziehenden Gewalt an den Reichswehrminister erledigt. Was aber sehen wir statt dessen? Herr Geßler ist zwar nach der Verordnung der Inhaber der polizeilichen Gewalt, aber in Bayern regiert Herr v. Kahr trotz der klaren Bestimmungen der Reichsverfassung und der Ernennung des Generals v. Lossow zum vollziehenden Gewalthaber. Er tut, was er will, benutzt seine militärische Stellung, um der Monarchie Vorspanndienste zu leisten, während in Sachsen der zuständige Wehrkreiskommandeur so handelt, als sei der Ausnahmezustand gegen den sächsischen Landtag gerichtet. Hier werden Versammlungen linksgerichteter Parteien verboten, dagegen gestattet man den nationalistischen Umzug der Rechten im Süden verfährt man gleichermaßen, entwaffnet die republikanischen Verbände und erzieht ehrlichen Republikanern die Polizeigewalt, um sie den Monarchisten auszuhändigen. Es fehlte nur noch, daß auch in den anderen Reichsgebieten der Ausnahmezustand sich ausschließlich gegen links wendet.

Die völlig einseitige reaktionäre Diktatur Kahrs beweisen folgende Vorgänge:

München, 21. September. Die Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei sind auf Befehl des Generalstaatskommissars verboten worden. Wie bekannt wird, sind vom Generalstaatskommissar die Vollzugsverordnungen für das Republikschutzgesetz für Bayern außer Kraft gesetzt worden.

*

Nürnberg, 21. September. Der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hat dem demokratischen Bürgermeister von Nürnberg die Polizeigewalt in der Stadt entzogen und diese dem Staatskommissar von Nürnberg-Fürth, Oberregierungsrat Gareis, auf Grund des Ausnahmezustandes übertragen. Mit der am 1. Oktober erfolgten Errichtung der staatlichen Polizeidirektion in Nürnberg gehen die polizeilichen Befugnisse des Stadtrats sowohl an den Staatskommissar über.

*

München, 21. September. (WTB.) Hitler macht in einem Aufruf die Vorsitzenden der bayerischen Ortsgruppen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei verantwortlich für Durchführung seiner Anordnung eines rücksichtslosen Zusammenhaltes aller Mitglieder, sofern sie nicht in zehn Tagen aus den nicht zum Kampfbund gehörenden Verbänden ausscheiden. Im „Völkischen Beobachter“ werden alle „Führer“ zum Eintritt in die nationalsozialistische Bewegung aufgefordert. Auch der Führer Hitler rät alle ehemaligen Frontsoldaten zum Eintritt auf.

Eine monarchistische Kundgebung.

Am gestrigen Sonntag weihte das ehemalige bayerische „Leibregiment“ eine Gedenktafel für seine Kriegsgefallenen ein. Im Hofe der Türkenkaserne waren etwa 20 000 Angehörige des Regiments aufgestellt. Der frühere Kronprinz Rupprecht, viele Prinzen und Prinzessinnen, Ministerpräsident v. Knilling, die Generale v. Lossow und Graf Bothmer waren anwesend. Nach einer Ansprache des Generals Epp enthüllte der ehemalige Kronprinz Rupprecht die über dem Eingang der Kaserne angebrachte Gedenktafel. Dann folgte der Vorbeimarsch des Leibregiments vor Kronprinz Rupprecht, wobei das Publikum ihn mit dem Rufe begrüßte: „Es lebe der König!“

Darauf begab sich der ehemalige Kronprinz zum Armeemuseum, vor dem die Münchener Schutzmannschaft zur Feier ihres 25jährigen Bestehens aufgestellt war. Die Festrede hielt Minister Schweyer, der die „Verbrecher der Novemberrevolution“ geißelte.

Poincarés Sterrsinn.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals im Walde von Argonne eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte: Die deutsche Regierung hat mit ein wenig Lärm der Welt angekündigt, daß sie dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende bereiten werde. Sie konnte nicht anders handeln. Sie wußte, daß sie nicht mehr imstande ist, den Widerstand zu finanzieren. Aber die verbrieft

Die Eröffnung des Wahlkampfes.

Der Parteitag der V. S. P. D.

Nur noch kurze Zeit trennt uns von dem Tag, an dem die Bevölkerung des Freistaates an die Wahlurne treten soll, um zu bestimmen, in welcher Zusammensetzung die oberste Vertretung des Volkes in den nächsten vier Jahren über die Geschicke unseres kleinen Staates entscheiden soll. Nach all den Jahren einer krassen Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien bietet sich endlich Gelegenheit, Abrechnung zu halten mit dem volksfeindlichen Treiben des profitkapitalistischen Bürgerblocks. Vieles steht für die Bevölkerung auf dem Spiel. In den bürgerlichen Parteien ist man bereits eifrig am Werke, um die durch die Politik des Senats erbitterten Wähler auch für die neue Wahl wieder einzufangen. Eine ganze Reihe neuer bürgerlicher Parteien ist in der Bildung begriffen, um den Abmarsch der enttäuschten Anhänger des Bürgertums in das sozialdemokratische Lager aufzuhalten. In zahlreichen Versammlungen sind die Parteien bereits an die Oeffentlichkeit getreten. Nun hat auch die Vereinigte sozialdemokratische Partei von sich aus den Wahlkampf eröffnet. Die Vertreter der Parteiorganisationen aus dem gesamten Freistaatgebiet waren am Sonnabend und Sonntag zu einem außerordentlichen Parteitag zusammenberufen. Ihre Aufgabe war es, die letzten Vorarbeiten zu der Neuwahl des Volkstages in die Wege zu leiten. Eine besondere Freude war es den Delegierten, auch Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Bruderpartei auf diese Tagung zu begrüßen. Der Eröffnungsabend am Sonnabend im Werftspeisehaus brachte neben einer eindrucksvollen Eröffnungsrede des Parteivorsitzenden Gen. Brill auch einen ausführlichen Vortrag des Gen. Reichstagsabgeordneten-Hilbenbrand-Berlin über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den wichtigsten Zeitfragen. Die Beratungen setzten am Sonntag früh zunächst mit einer Tagung des Parteiausschusses ein. Ihr schloß sich die Haupttagung an, die bis in die späten Abendstunden dauerte. In einem umfassenden Referat legte Gen. Loops die Bedeutung der Volkstagswahlen dar. In seinem Vortrage entwickelte er die Stellung der Sozialdemokratie zum Parlament und zeigte die Richtlinien und Taktik der Partei für den Wahlkampf. In der Aussprache fanden seine Ausführungen allgemeine Zustimmung. Nach einer Pause folgte dann die Aufstellung der Kandidatenliste. Wenn auch, wie immer bei der Auswahl der Vertreter für öffentliche Körperschaften, die verschiedensten Ansichten vorhanden waren, so wurde die vorgelegte im Parteiausschuß beratene Liste nach ausgedehnter Aussprache angenommen. Nach Erledigung von organisatorischen Fragen fand die Tagung in einem anfeuernden Appell des Gen. Brill, alle Kräfte für den Sieg der Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei einzusetzen, ihren Abschluß.

*

Der Eröffnungsabend.

fand unter zahlreicher Beteiligung der Danziger Parteimitgliedschaft im Werftspeisehaus statt. Im leuchtenden Rot gaben die alten Kampfparolen dem Saal ein festliches Gepräge. Mit dem aufrüttelnden Sturmgesang „Empor zum Licht" leitete der Massenchor der Arbeitergesangvereine den Abend eindrucksvoll ein.

Dann hielt Gen. Brill die Eröffnungsrede. Er streifte kurz die im letzten Jahre erfolgte Vereinigung mit der U.S.P.D. und den Uebertritt der Danziger Kommunistengruppe. Der Zusammenschluß der Parteien habe den Einfluß der Arbeiterschaft gewaltig gestärkt. Danzig, früher fast ohne jeden sozialdemokratischen Einfluß, weise jetzt im öffentlichen Leben eine starke sozialistische Bewegung auf. In tief angelegten Ausführungen zeichnete der Redner dann ein Bild von den geschichtlichen Aufgaben der Sozialdemokratie. Wir stehen an der Wende von der alten zur neuen Zeit. Das profitkapitalistische System ist am Ende seiner Entwicklung. Jetzt heiße es, zur Verwirklichung des Sozialismus überzugehen. Trotz aller chaotischen Vorgänge im Wirtschaftsleben sei die Demokratie nur der einzige Kampfboden, auf dem die sozialistischen Ziele zur Durchführung kommen könnten. Notwendig sei nicht nur eine sozialistische Gütererzeugung und Verteilung, sondern auch eine sozialistische Lebensgestaltung. Die Sozialdemokratie ist eine Kampfgemeinschaft, die die Menschheit aus tiefster Not zur besseren Zukunft führen will. Der 18. November gibt der Bevölkerung des Freistaates die Möglichkeit, mit dem jetzigen System abzurechnen. Aufgabe aller müßte es sein, dem sozialistischen Gedanken zum Siege zu verhelfen. In diesem Sinne müsse der Parteitag erfolgreiche Arbeit leisten. (Lebh. Beifall.)

Anschließend erklärte Gen. Brill den Parteitag für eröffnet. Er begrüßte den Genossen Reichstagsabgeordneten Hilbenbrand, der für den verhinderten Gen. Herm. Müller erschienen war als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und den Gen. Hofrichter als Vertreter der Wiener Parteiorganisation.

Gen. Hofrichter-Wien überbrachte herzliche Grüße des österreichischen Proletariats. Er wies darauf hin, daß es der österreich. Sozialdemokratie trotz ungünstiger Verhältnisse gelungen ist, wichtige soziale Reformen durchzuführen. Beherzigenswert waren sein Appell an die Eltern, ihre Kinder zu aufrechten Sozialisten zu erziehen, und die Aufforderung, den Alkoholismus zu bekämpfen.

Abg. Gen. Brill gab sodann die Tagesordnung des Parteitages bekannt und teilte die Namen der Mitglieder der Mandatsprüfungskommission mit.

Nunmehr nahm

Reichstagsabgeordneter Gen. Hilbenbrand,

der anstelle des verhinderten Gen. Müller erschienen war, das Wort zu einem großzügigen Vortrag über

Sozialdemokratie und Weltpolitik.

Redner übermittelte einleitend die Grüße der deutschen Sozialdemokratie. Nachdem er die Notwendigkeit der Völkerversöhnung betont hatte, schilderte er, wie durch die Beseitigung der monarchistischen Vormachtsstellung die Möglichkeit einer Demokratisierung der Staatsformen gegeben würde. Dann folgte ein zeitgemäßer Rückblick auf das Jahr 1918. Heute erhebe die kommunistische Partei die Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung; deshalb sei der Hinweis angebracht, daß Deutschland bereits einmal eine reine Arbeiterregierung gehabt habe und zwar den Rat der Volksbeauftragten. Doch auch dieser habe unter schwersten Angriffen durch die äußerste Linke seine Arbeiten leisten müssen. Wäre die Arbeiterschaft einig und geschlossen gewesen, hätte die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit gehabt und die Koalitionspolitik wäre nicht nötig gewesen. Trotzdem sei es der Sozialdemokratie möglich gewesen, wichtige Forderungen zu verwirklichen: wie die Schaffung von Arbeiterräten, die Einführung des freien Wahlrechts für Männer und Frauen, die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Arbeitstages, Einführung der Erwerbslosenfürsorge.

Auf die neuesten Vorgänge im Deutschen Reiche zu sprechen kommend, teilte der Redner mit, daß Gen. Müller, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, durch die politischen Ereignisse an der Reise nach Danzig verhindert worden sei. Eine wirkliche Putschgefahr, so erklärte Redner, bestehe zurzeit weder von rechts noch von links. Die deutsche Arbeiterschaft habe zurzeit wichtigere Dinge zu erledigen, als Weltrevolution zu machen. Wenn Deutschland noch mehr zerstückelt werde, würden auch die Lebensinteressen der Arbeiterschaft gefährdet. Auch die Arbeiterschaft habe ein Interesse daran, daß die Welt zur Ruhe kommt. Die Reparationspolitik der Sozialdemokratie war alsdann Gegenstand weiterer Ausführungen. Die Sozialdemokratische Partei sei für Erledigung des Krieges und für friedliche Zusammenarbeit der Nationen eingetreten. Frankreich habe jedoch nicht die Möglichkeit gegeben, in ruhiger Arbeit die Reparationen zu leisten. Es verfolge dabei politische Ziele und um die Zerstückelung des deutschen Reiches zu verhindern, sei die deutsche Sozialdemokratie für die Erfüllung des Versailler Vertrages eingetreten. Redner gab dann ein Bild über die Art, wie die verschiedenen deutschen Regierungen die Reparationsfrage behandelten und schilderte die Entstehung des Ruhrkonflikts unter der Regierung Cuno. Nicht auf Berliner Weisung habe der passive Widerstand eingesetzt, sondern weil die Ruhrarbeiterschaft es ablehnte unter französischen Bajonetten zu arbeiten, sei es zum passiven Widerstand gekommen. Die Regierung habe ihn dann finanziert, was heute nicht mehr möglich sei. Die Sozialdemokratie trat deshalb für Beendigung des Ruhrkampfes ein. Wenn die Sozialdemokraten unter diesen Verhältnissen in die Regierung eingetreten seien, so haben sie das lediglich getan, um der Arbeiterschaft aus diesen entsetzlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Nur auf dem Verhandlungswege sei es möglich, wieder zu einer geordneten Wirtschaft zu kommen.

Biete die Lage der deutschen Arbeiterschaft ein trostloses Bild, so seien die Verhältnisse in anderen Ländern nicht viel besser. In Frankreich sei die sozialistische Bewegung gänzlich bedeutungslos geworden; noch schlimmer sehe es in Italien aus, wo die Faszisten die Organisationen der Arbeiterschaft zerstörten. England biete zwar das Bild einer geschlossenen Arbeiterbewegung, habe aber unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Amerika weise nur schwächere sozialistische Organisationen auf. Nur in Deutschland, Oesterreich und den nordischen Ländern bedeute die sozialistische Bewegung eine Macht.

In seinem Schlußwort hob Redner die Bedeutung der Arbeiterräte für die Uebernahme der Wirtschaft durch die Allgemeinheit hervor und betonte, daß die Grundlage des Erfolges eine einige und geschlossene Arbeiterschaft sei. Dem Redner dankte starker, ehrlicher Beifall.

Ein geselliges Beisammensein vereinigte die Delegierten und die Parteimitgliedschaft noch einige Zeit. Die anwesenden Chöre der Arbeiter-Gesangvereine warteten mit zahlreichen Liedervorträgen auf. Die Arbeiter-Turner zeigten ihre hervorragenden Künste am Reck und musikalische Darbietungen sorgten für Abwechselung. Dann wurde der Parteitag auf Sonntag vormittag vertagt. Der ausführliche Bericht darüber folgt morgen.

Eine Versammlung der Beamten

fand gestern vormittag im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus statt. Sie war vom Beamtenbund eingeladen um Stellung zu nehmen zu der vom Senat abgelehnten Forderung auf Einführung einer wertbeständigen Besoldung und zu dem Abbau des Verwaltungsapparates. Der große Saal war überfüllt und verlief die Versammlung teilweise sehr bewegt. Die politischen Parteien hatten auf Einladung Vertreter entsandt. Auch der Senat war eingeladen, jedoch nicht erschienen. Sein Fehlen wurde scharf verurteilt und aus der Mitte der Versammlung sogar vorgeschlagen, die zuständigen Senatoren herbeizuholen.

Ueber die von uns bereits mitgeteilten Forderungen der Beamten referierten die Vorstandsmitglieder des Beamtenbundes Bürgerle und Schneider. In der lebhaften Aussprache wurde die Ablehnung der wertbeständigen Gehälter durch den Senat scharf kritisiert. Es wurden u. a. auch die Frage eines Streikes oder einer passiven Resistenz erörtert. Vom Vorstande wurde jedoch die mangelnde Solidarität und der mangelnde Opfersinn dagegen ins Treffen geführt. Als Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion erklärte Gen. Kloßowski, daß die V.S.P.D. stets für die berechtigten Forderungen der Beamten eingesetzt habe und mit allem Nachdruck auch zukünftig einsetzen werde. Besonders werde sie die Bevorzugung der oberen Beamten auf Kosten der mittleren und Unter-Beamten bekämpfen. Bei dem unverhältnismäßig groß angelegten Beamtenapparat sei ein Abbau unvermeidlich, doch müsse dieser in der oberen Beamtenschaft erfolgen, die oft nur auf Kosten der nachgeordneten Beamten ihre Stellen bekleide. Gen. Kloßowski fand mit seinen offenen Ausführungen die Zustimmung der Mehrzahl der Besucher. Vom Zentrum sprach Abg. Neuhauer, doch mußte er wegen der Verteidigung der Haltung des Senats abtreten. Außerdem sprachen — Vertreter der Deutschen Partei. Die Deutschnationalen schwiegen, wohl weil sie befürchten mußten, daß es ihnen ähnlich gehen würde, wie dem Zentrumsmann.

Die Aussprache endete mit der Annahme einiger Entschließungen. Es wird darin gefordert, daß die jetzige reale Höhe der Gehälter festgehalten werde. Falls der Ausgleich der Geldentwertung und der Teuerung im Reich nicht durch ausreichende Zuschläge erfolge, so sollen in Danzig besondere Ausgleichzuschläge gewährt werden. Eine andere Entschließung forderte die rechtzeitige Auszahlung der Gehälter. Die Aussprache über den Abbau des Beamtenapparates wurde der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

*

Nur monatliche Gehaltszahlungen an Beamte.

Der Senat hat unter dem 28. September dem Volkstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die vierteljährlichen Gehaltsvorauszahlungen an die unmittelbaren Staatsbeamten vorübergehend eingestellt werde und nur noch monatliche Gehaltszahlungen erfolgen. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten. Es steht bereits auf der Tagesordnung des Volkstags, der am Mittwoch nachmittag wieder zusammentritt.

In der Begründung de Gesetzentwurfs durch den Senat heißt es: Bei der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark, die in letzter Zeit zu einer Erhöhung der Beamtenbezüge in Zeitabschnitten von ¼ Monat geführt hat, erfordert es das finanzielle Staatsinteresse, die vierteljährlichen Gehaltszahlungen vorübergehend aufzuheben. Auch das Deutsche Reich hat sich aus der gleichen Ursache genötigt gesehen, an die Stelle der vierteljährlichen vorübergehend die monatliche Gehaltszahlung treten zu lassen. Da sich zurzeit noch die Beamtengehälter in Danzig nach den Gehältern im Deutschen Reich richten, ist auch aus diesem Grunde die monatliche Zahlung in Danzig gerechtfertigt.

Wirtschaftliche Berechnungszahlen.

1. Oktober 1923.

	Gültig vom 1. bis morgen mittag
Entwertungsmultiplikator (nach dem Dollar-Briefkurs)	68 639 386
Valutawert eines Goldpfennigs	656 399
Goldpfennig der städtischen Werke	503 968
Preis für Milch (Grundpreis 13 Pf., Multiplik. 465 446)	6 050 000
vom 2. ab („ 13 „ „ 656 399)	8 534 187
„ „ dunkles Brot	13 100 000
„ „ helles Brot	15 100 000
Lohngoldpfennig der Woche	781 811
Letzter Lebenshaltungsindex (24. 9.)	31 309 302
Letzte Teuerungszahl (24. 9.)	3 042 638 000
Schlüsselzahl im Buchhandel	35 000 000

Fahrpreise, gültig bis Mitternacht.

	1. 10.		2. 10. (etwa)	
	Eisenb. III. Kl.	Straßenb.	Eisenb. III. Kl.	Straßenb.
Danzig–Langfuhr	6 900 000	9 200 000	9 800 000	13 100 000
Danzig—Oliva	11 500 000	13 800 000	16 400 000	19 700 000
Danzig—Zoppot	16 100 000	—	22 900 000	—
Stadtlinie Danzig	—	4 600 000	—	6 500 000

Postgebühren.

	Postkarten	Briefe
Danzig Ort	400 000	800 000
Freistaat, Deutschland, Polen	800 000	2 000 000
Ausland	3 200 000	5 000 000

Devisenkurse

(Amtliche Kurse vom 1. Oktober 1923.)

Dollar:	274312500 (Geld),	275687500	(Brief)
Pfund:	1341657500 „	1348362500	„
Poln. Mark:	59850.— „	60150.—	„

Der Tagelohn der Hafenarbeiter beträgt vom 1. bis 8. Oktober 312 Millionen Mark. Für Munitionsentladungen wird ein Zuschlag von 4 Millionen Mark pro Stunde gezahlt. Das Schmutzgeld ist auf 16 Millionen Mark pro Tag festgesetzt worden, das Stiefelgeld auf 31 Millionen Mark. Die im Hafen beschäftigten Frauen erhalten 16 Millionen Mark Stundenlohn. Das Wartegeld beträgt 83 Millionen Mark pro Stunde. Die ersten beiden Ueberstunden werden mit 59 Millionen Mark, die weiteren (Nachtstunden) mit 68 Millionen Mark, die Sonntagsarbeit mit 78 Millionen Mark bezahlt.

Die Goldmiete für Oktober muß nur gezahlt werden, wenn unter Einhaltung der vertraglich festgelegten oder gesetzlichen Kündigungsfrist vorher eine Wohnung gekündigt worden ist. Das dürfte nur in wenigen Fällen geschehen sein. Der Gesetzentwurf, der eine nur dreitägige Kündigungsfrist einführen will, ist noch nicht Gesetz geworden, kommt also für den Monat Oktober nicht in Frage.

Die Büroausbedarfsmesse wurde gestern geschlossen. Der letzte Tag brachte noch einen starken Besuch. Am Nachmittag fand die Preisverteilung vom Schreibmaschinenwettschreiben statt, dem am Abend der offizielle Schluß der Messe folgte. Ob der geschäftliche Erfolg der Messe die Aussteller befriedigt hat, dürfte allgemein nicht zu beantworten sein, da diese Frage ganz unterschiedlich nach den verschiedenen Erwartungen beurteilt wird. Die Haupttriebfeder bei der Veranstaltung dieser Messe war bekanntlich die Belebung des Messegedankens, und in dieser Hinsicht ist der Erfolg dieser Branchenveranstaltung unverkennbar.

Die Herbst- und Weihnachtsferien der Schulen. Zur Ersparnis von Heizmaterial hat die Schulverwaltung der Freien Stadt die diesjährigen Herbst- und Weihnachtsferien für Danzig einschließlich Vororte, sowie Oliva und Zoppot anderweitig festgesetzt. Die Herbstferien sollen dieses Jahr am 13. Oktober beginnen und am 28. Oktober beendet sein. Die Weihnachtsferien nehmen am 20. Dezember ihren Anfang und werden am Donnerstag, den 17. Januar beendet.

Im Stadttheater wird am Mittwoch statt der Neu-Aufführung von Rosenows „Kater Lampe" Wedekinds „Frühlings Erwachen" zur Aufführung kommen.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 1. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 15 000 000fachen Betrag des Nennwertes statt.

Rücksichtslose Autofahrer. Der 62 Jahre alte Maler Hermann Cordes wurde in der Nähe des Hauptbahnhofes von einem Auto überfahren. Ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, der erhebliche Beinverletzungen davongetragen hat, fuhr das Auto davon. Der menschenfreundliche Autofahrer soll jedoch von der Polizei gestellt worden sein.

V.S.P.D., Volkstagsfraktion. Montag, den 1. Oktober, abends 6½ Uhr: Sitzung.

Telegramm.

Nationalsozialistischer Ueberfall auf Cüstrin.

Berlin, 1. Oktober (W.T.B.).

Nationalsozialistische Banden versuchten heute früh Küstrin zu überrumpeln und drangen in die militärisch nicht besetzte Altstadt ein. Der Kommandant von Küstrin hat den Führer festnehmen lassen. Die Garnison hat aus den naheliegenden Reichswehrgarnisonen Verstärkung erhalten und den Auftrag bekommen, mit Einsatz der schärfsten Mittel die Ordnung wiederherzustellen.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Foken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Die Vorstellungen der Freien Volksbühne. Die ersten Vorstellungen der „Freien Volksbühne" haben gezeigt, daß ihre Zugkraft nicht nachgelassen hat. Nur wenige Mitglieder haben ihr während der Sommerzeit den Rücken gekehrt und die Lücken sind sofort wieder durch neugewonnene Anhänger der Volksbühnenbewegung aufgefüllt worden. Auch der Zustrom zu den neu aufgestellten Serien ist beträchtlich. Die neue Serie E ist bereits vollständig aufgefüllt und die letzte Serie F kann auch nur noch einer nicht allzugroßen Anzahl von Theaterfreunden Aufnahme gewähren. Wer daher auf die Mitgliedschaft in der „Freien Volksbühne" Wert legt, entschließe sich schnell, denn nach Auffüllung der letzten Serie können Aufnahmen nur noch in ganz vereinzelten Fällen erfolgen. Für Aufnahmen ist das Bureau, Heveliusplatz 1—2, I, Zimmer 42, nach wie vor Montag und Dienstag jeder Woche nachmittags von 4—6½ Uhr geöffnet. An Vorstellungen erhalten Serie C am Sonntag, den 30. September, nachm. 2½ Uhr, „Frühlings Erwachen", Serie D [illegible] am Sonnabend, den 6. Oktober, abends 6 Uhr, mit „Egmont", E am Sonntag, 7. Oktober, nachm. 2½ Uhr, „Frühlings Erwachen". Serie F, Sonntag, den 14. Oktober, ebenfalls „Frühlings Erwachen". Die Auslosung für die Sonntagsvorstellungen findet Freitag und Sonnabend und für die Sonnabendvorstellungen Mittwoch und Donnerstag vor der Vorstellung im Bureau, nachmittags von 4—6½ Uhr statt. Als weitere Vorstellung ist Rosenows herzerfrischendes Lustspiel „Kater Lampe" ausersehen. Näheres siehe Inserat.

Neue Schausammlung im Naturkunde-Museum. Nachdem die vorgeschichtliche Sammlung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte im Grünen Tor eine Neuaufstellung erfahren hatte, ist auch eine Umgestaltung der naturwissenschaftlichen Schausammlung in Angriff genommen worden. Der Museumsverwaltung war es gelungen, für die Umstellung der geologischen Sammlung Universitätsprofessor Solger aus Berlin zu gewinnen. Die nach seinen Angaben in ihren Grundzügen fertiggestellte neue Schausammlung wurde am Sonnabend der Oeffentlichkeit übergeben. Die reichen Schätze der dort vorhandenen Sammlungen sind dadurch für weiteste Kreise nutzbar gemacht, soweit es der sehr beschränkte Raum überhaupt gestattet. Die Schausammlung bietet der Lehrerschaft Anschauungsstoff für den naturkundlichen Unterricht der Schüler und dem interessierten Laien ist sie ein Wegweiser zur eigenen Beobachtung in der heimischen Natur. Innerhalb der Heimatkunde fällt der Geologie eine wichtige Mittelstellung zu. Die Ausstellung geht deshalb von den geologischen Wirkungen aus, die jeder in der Umgebung beobachten kann und schreitet stufenweise zurück in die älteren Zeiten der Erdgeschichte. So will sie ein Bild von der Entwicklung geben, die das Land geschaffen hat, aus dem der Danziger Bürger sein Brot gewinnt und sein Trinkwasser schöpft, und die zugleich die örtlichen Bedingungen erzeugte für die Entwickelung der Stadt.

Abschuß von Wild. Im Monat Oktober ist der Abschuß folgender Wildarten gestattet: Männliches Rot- und Damwild, Rehböcke, Dachse, Biber, Hasen, Birk-, Hasel- und Fasanenhähne und -Hennen, Rebhühner, Wachteln, schottische Moorhühner, wilde Enten, Schnepfen, Trappen, wilde Schwäne, Kraniche, Brachvögel, Wachtelkönige und alle anderen jagdbaren Sumpf- und Wasservögel, wilde Gänse, Drosseln (Krammetsvögel). Außerdem ist vom 16. Oktober ab der Abschuß von weiblichem Rot- und Damwild sowie Truthähnen und -Hennen gestattet.

Die Erwerbslosenunterstützung im Reich, deren Sätze bisher auch stets auf Danzig übernommen wurden, ist ab 26. September wie folgt festgesetzt: 1. Für männliche [illegible] a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 42 Millionen; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen wohnen, 33,5 Millionen; c) unter 21 Jahren 25 Millionen. 2. Für weibliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 33,5 Millionen; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, 28 Millionen; c) unter 21 Jahren 19,5 Millionen. 3. Familienzuschläge a) für Ehegatten 15,5 Millionen, b) Kinder pro Kind 12,5 Millionen. — Im übrigen liegt dem Volkstag wie bekannt, der Antrag auf Festsetzung der Unterstützungssätze in Goldmark vor.

Aus dem Osten.

Elbing. Ein vielbesprochener Strafprozeß fand Freitag vor der Elbinger Strafkammer ein Ende. Es handelte sich um eine Motorbootfahrt, die die Gebrüder Dramielitzki am 11. Oktober 1922 nachts von Elbing über Pillau nach Schweden angetreten hatten. Die Abfahrt zu mitternächtlicher Stunde, die Mitnahme von vier Schafspelzen und zehn metallenen Zigarettenetuis, sowie die fehlende Ausfuhrerlaubnis für den Verkauf des Motorbootes hatte zu dem Verdacht veranlaßt, daß hier Schmuggel oder ähnliches verübt werden sollte. Die Angeklagten gaben zu, daß sie die Absicht hatten, gegebenenfalls das Boot in Schweden zu verkaufen. Der Strafprozeß hatte durch das Aufgebot eines großen Verteidiger- und eines respektablen Sachverständigenapparates an Bedeutung gewonnen. Der Gerichtshof schloß sich im allgemeinen den Ausführungen der Verteidiger an und erkannte auf kostenlose Freisprechung. — Als zu Beginn der Verhandlung der Vorsitzende aus den Personalien der Angeklagten feststellen mußte, daß sie Ausländer sind, gab es eine allseitige Ueberraschung. Vors.: Sie haben doch hier Ihre Existenz, sind hier zur Schule gegangen, hier waren Ihre Eltern ansässig, hier sind Sie Großkaufleute, und doch sind Sie Ausländer? Angekl.: Wir haben in Zoppot eine Villa und haben deshalb die Danziger Staatsangehörigkeit nachgesucht.

Braunsberg. Eine kleine Aufregung gab es am Mittwoch vor dem Braunsberger Schöffengericht. Dort sollte u. a. auch gegen einen gewissen Simon verhandelt werden, der in Rosenberg und Heiligenbeil schwere Diebstähle verübt hatte und deshalb in Untersuchungshaft saß. Als er zu Beginn der Hauptverhandlung auf die Anklagebank geführt wurde, stürzte er plötzlich auf ein offenstehendes Fenster zu und setzte mit einem kühnen Sprung nach außen. Dort stand nun zufällig am Gerichtsgebäude ein Fahrrad, das er sich sogleich zu freundlicher Benutzung aneignete. Ehe man sich im Gerichtssaal vom ersten Schreck erholt hatte, war S. außer Sehweite. Der Ausreißer konnte bisher nicht ergriffen werden.

Königsberg. Der Raubmord im Juwelierladen: drei Verhaftungen. In dem Raubmord in dem Kronschen Geschäft wird von der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß drei Personen als der Tat verdächtig sich in Haft befinden.

Stettin. Jugendliche Juwelenräuber vor dem Schwurgericht. Vor den hiesigen Geschworenen hatten sich der erst 19 Jahre alte Schlosser Bruno Jäck aus Stettin und der ebenso alte Schlosser Georg Rösch aus Landsberg a. d. Warthe zu verantworten. Beide haben im Juli 1922 die Juweliersfrau Schick in ihrem Geschäft überfallen, ermordet und beraubt. Den Verbrechern fielen damals Juwelen, Gold- und Silbersachen im Werte von 60 Millionen Mark in die Hände. Jäck gab in der Verhandlung zu, daß er mit Rösch schon seit längerer Zeit einen Raub geplant hatte, um ein Geschäft zu gründen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen erkannte das Gericht gegen Jäck auf fünfzehn Jahre Zuchthaus und gegen Rösch, dem mildernde Umstände zugebilligt wurden, auf fünf Jahre Gefängnis.

Stettin. Hitleragenten bei der Arbeit. Auf dem Paradeplatz wurde ein anscheinend dem früheren Offiziersstande angehörender Mann festgenommen, der sich an Arbeiter heranmachte und Propaganda für die Pläne der Hitlerleute machte. Er wurde festgestellt als ein gewisser Horst Schlenzig aus München, der sich unangemeldet bei einem ehemaligen General hier aufhält.

Riga. Beseitigung der deutschen Straßenschilder. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag der deutschen Fraktion, die demnächst zu erneuernden Straßenschilder für die umgetauften Straßen auch mit deutschen und russischen Aufschriften zu versehen, mit 33 gegen 26 Stimmen, bei 9 Stimmenthaltungen, abgelehnt. Das lettländische Blatt „Jaunakas Sinas" weiß zu berichten, daß in Kreisen der lettländischen bürgerlichen Stadtverordneten der Gedanke aufgetaucht sei, auch für Geschäftsschilder allein die lettländische Sprache zuzulassen.

Warschau. Abbau des polnischen Offizierkorps. Das Organ des polnischen Finanzministers teilt mit, die Regierung plane die Entlassung einer großen Zahl „völlig überflüssiger Offiziere". Es sollen insgesamt und teilweise im laufenden Jahre etwa 3000 Offiziere und Militärbeamte aus dem Armeedienst ausscheiden.

Lemberg. Politische Hinrichtungen in Lemberg. Drei wegen der Zerstörung staatlichen Eigentums angeklagte Personen wurden in Zloczow zum Tode verurteilt. Da der Staatspräsident die Bitte der Verteidiger, die ihn telegraphisch um Begnadigung ersuchten, ablehnte, wurde das Urteil noch am Abend vollstreckt.

Aus aller Welt.

Ein Eisenbahnunglück bei Berlin. Auf der Kremmener Bahn, auf einer Strecke, die einen starken Arbeiter-Berufsverkehr aufweist, entgleisten am Freitagnachmittag von einem von Kremmen kommenden Personenzuge am Bahnhof Hennigsdorf (Kreis Osthavelland) die Zuglokomotive und die zunächstfolgenden 5 Personenwagen. Die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht festgestellt werden. Es wurden 8 Personen, darunter 3 Eisenbahnbeamte, verletzt. Der Betrieb wird durch Umsteigen an der Unfallstelle und Umleitung über Kremmen—Oranienburg aufrechterhalten. — Am Freitagvormittag entgleiste der Personenzug, der wegen der Abschnürung der direkten Strecke Frankfurt—Bad Homburg durch die Franzosen über Friedberg umgeleitet werden muß, in der Nähe von Friedberg. Zwei Reisende wurden getötet. Zwei weitere Reisende wurden schwer und drei leicht verletzt.

Tödlicher Streit im Zuge. Ein französischer Geistlicher ermordet. In einem Abteil dritter Klasse des Zuges von Paris nach Saint-Dié wurde die Leiche eines französischen Geistlichen gefunden. Der Ermordete war der Pfarrer Repaix Abbé Hau. Auch der Mörder wurde in kurzer Zeit entdeckt. Es war bemerkt worden, daß einige Stationen vor Saint-Dié ein junger Mann aus dem Zuge gesprungen und über das Feld gelaufen war. Gendarmen fanden diesen Burschen an einem Bach, als er die mit Blut befleckten Kleider wusch. Der Mörder ist der Sohn eines wohlhabenden Bauern, ein junger Rekrut, der auf einer Urlaubsreise war. Nach einigem Leugnen gestand er die Tat ein. Nach seiner Aussage war er mit dem Abbé in Streit gekommen, als er ein Gepäckstück des Pfarrers umwarf. Er wollte den Priester erschrecken und zog seinen Revolver aus der Tasche. Als der Abbé, ein starker Mann, den Angreifer an der Kehle packte, schoß der Mörder ihn nieder.

Klante wieder verhaftet. Der Wettkonzernschwindler Max Klante, der als haftunfähig aus dem Gefängnis freigelassen wurde und seitdem sich wieder auf der Rennbahn betätigt hatte, zuletzt sogar im Kabarett aufgetreten war, ist in seiner Wohnung verhaftet und sofort nach dem Strafgefängnis in Tegel abgeführt worden, um die gegen ihn verhängte Reststrafe von 2½ Jahren zu verbüßen.

Vom Tode errettet. Die unermüdliche Rettungsarbeit auf der schottischen Grube Redding bei Falkirk ist erfolgreich gewesen, indem noch fünf Männer lebend herausgebracht werden konnten. Die Arbeiten werden mit verstärktem Eifer fortgeführt.

Eine Pfändung von Sarrasani. Sarrasani hat die „Unfreundlichkeit" der Reichenbacher in Neiße verspüren müssen; denn wegen der Forderung der von ihm noch nicht gedeckten 150 Millionen Mark, die die Reichenbacher Stadtverwaltung an ihn hatte, sandte man ihm einfach den Gerichtsvollzieher auf den Hals. Und das soll sich ganz drastisch abgespielt haben. Die Rechtmäßigkeit der Forderung war nicht zu verkennen und da wegen der Gefahr des Fortzuges des Unternehmens ins Ausland ein Arrest durchführbar war, Herr Stosch aber nicht die Summe gerade verfügbar hatte, da pfändete der Herr Gerichtsvollzieher. Erst bot man ihm, als einzigen allenfalls entbehrlichen Gegenstand einen — Elefanten an! Nun sage mir einer, was hätten die Reichenbacher mit dem Elefanten anfangen sollen? Nichts zu machen! Und da sollte sich der Mann mit dem Pfandzettel dann einen — Löwen nehmen! Na also, das wäre doch eher schon etwas für die Reichenbacher gewesen. Aber zu einem Zoologischen Garten hätte es eben auch nicht ausgereicht, und außerdem, die Biester fressen zu viel! Ebenfalls dankend abgelehnt. Und was übrig blieb? Was allein konnte Sarrasani noch entbehren? Bitte fallen Sie nicht auf den Rücken! Gepfändet ist worden! Gepfändet zum Heil und Segen der schönen Stadt Reichenbach! Aber was? Der — Klosettwagen!

Wasserstandsnachrichten am 1. Oktober 1923.

	29. 9.	30. 9.	Kurzebrack	+ 0,40	+ 0,38
Zawichost	+ 0,80	+ 0,80	Montauerspitze	— 0,13	— 0,15
	29. 9.	30. 9.	Pieckel	— 0,24	— 0,25
Warschau	+ 0,77	+ 0,81	Dirschau	— 0,18	— 0,25
	29. 9.	30. 9.	Einlage	+ 2,34	+ 2,22
Plock	+ 0,40	+ 0,41	Schiewenhorst	+ 2,64	+ 2,50
	30. 9.	1. 10.	Nogat:		
Thorn	+ 0,08	+ 0,09	Schönau O. P.	+ ,	+ ,
Fordon	— 0,03	— 0,01	Galgenberg O. P.	+ ,	+ ,
Culm	— 0,05	— 0,08	Neuhorsterbusch	+ ,	+ ,
Graudenz	0,00	— 0,01	Anwachs	+ ,	+ ,

Die Tat des Dietrich Stobäus

55) **Roman von Max Halbe.**

„Natürlich!" erwiderte sie eifrig, gleichsam das [illegible] aufgreifend, das ich ihr zuwarf. „Das muß man doch auch. Seine Liebhaber kann man vielleicht betrügen. Seinen Freund nie. Liebhaber hat man vielleicht auch mehrere. Freund nur einen. Daher kommt es wohl."

Es war wieder der total ehrliche und überzeugte Ausdruck, mit dem sie mich ansah. Aber ich ließ noch nicht ab, mußte noch tiefer auf den Grund.

„Und ich war dein Freund, sagst du?"

„Ja, das warst du. Das warst du. Von jeher. Oder sobald ich dich näher kennen lernte. Was weiß ich! Du warst mein Freund. Bist du endlich zufrieden?"

Ich schwieg einen Moment und sah sie fest ins Auge. „Und was bin ich dir jetzt?"

Sie wand sich unter meinem Blick und unter meiner Frage.

„Was bin ich dir jetzt?" wiederholte ich mit Unerbittlichkeit.

„Was du mir immer warst!" stieß sie heraus und hatte einen weinerlichen Ton, wie ein ertapptes und überführtes Kind. „Mein Freund! Mein Geliebter! [illegible] Ist es jetzt endlich genug? Siehst du nicht, wie du mich quälst? Du hast mir versprochen, vernünftig zu sein, Liebling? Können wir nicht eine Stunde mal ruhig [illegible] und glücklich sein?"

„Also gut! Seien wir klug und vernünftig. Plaudern wir!"

„Was hast du? Dein Ton klingt so merkwürdig."

„Nichts! Ich will glücklich sein. Sei du es auch."

Sie sah mich forschend an, schien sich nicht über mich klar zu werden, schwankte zwischen Lachen und Verdruß.

„Aber leicht machst du es einem nicht! ... Na, bah! Weg damit! Ich habe mir vorgenommen, mich heute von keinem [illegible] zu ärgern. Es soll dir nicht gelingen, mir die Laune zu verderben. Man hat ja nur einmal zu leben."

[illegible]

wieder verweht. Die wohlbekannte [illegible], die einen Augenblick zwischen den dunklen Brauen erschienen war, hatte sich ebenso schnell geglättet. Der alte Leichtsinn triumphierte.

„Und damit Euer [illegible] sehen, daß ich besser bin, als man mich macht ... Da! So revanchiere ich mich für das hochnotpeinliche Verhör!"

[illegible] hatte sie die Arme um mich gelegt, mich an sich gezogen und drückte mir einen so warmen, durstigen, schwelgenden Kuß auf die Lippen, daß Groll, Erbitterung sofort in mir dahinschmolzen und nur ein weiches, süßes Gefühl eines unendlichen Mitleids mit dem holden, sündigen, verlorenen Geschöpf in meiner Seele zurückblieb.

Wir hatten die Stadt hinter uns. Als wir durch das steinerne Festungstor und über die eiserne Zugbrücke des Stadtgrabens rollten, hatte der Sturm uns heftig um die Ohren gepfiffen und Karola beinahe ihr verwegenes Deckelhütchen von dem [illegible] entführt. Sie half sich, indem sie es resolut abnahm, es auf dem Schoß unter dem Wagenleder in Sicherheit brachte und dafür einen flatternden Schal, den sie am Arm getragen hatte, um den Kopf wand, was dem feingeschnittenen süßen Gesicht eine allerliebste Umrahmung gab. Ich konnte mich nicht satt sehen an dem entzückenden Mädchenbild, und vielleicht war dies auch die beabsichtigte Wirkung und der tiefere Sinn der Prozedur, die sich im übrigen sehr bald als unnötig erwies, denn unter den hohen Bäumen der Großen Allee, durch die mein Fuhrmann jetzt in kurzem Trab [illegible], war es warm und windstill.

„Weißt du, was für ein Tag heute ist, Karola?"

Sie drehte ein wenig den Kopf und sah mich an.

„Du weißt es nicht? Gut! ... Heute ist der Jahrestag unserer ersten Fahrt hier hinaus. Heute, am [illegible] September [illegible] genau vor drei Jahren. Sind wir genau um die gleiche Zeit hier [illegible]. Es [illegible] zum dritten mal. Ist das nicht ein Feiertag für uns beide?"

„Ja, ein wirklicher Feiertag! [illegible] Aufmerksam bist du! Das muß man dir lassen. Ueberhaupt ein [illegible] Mensch, wenn man dich erst näher kennt. [illegible]"

Ich lachte kurz in mich hinein, ohne zu antworten.

„Ganz gewiß!" beteuerte sie eifrig. „Zuerst habe ich mich vor dir gefürchtet, vor deinem Blick, deinem bitterbösen Gesicht, deiner ganzen Art! ... Aber nein! Nicht das wollte ich sagen. Weißt du, daß ich eben, wie du anfingst, gerade auch an unsere erste Fahrt hier gedacht habe. Ich wußte nur nicht, daß es heute war. Aber in die Zeit mußte es ja fallen, wo das Theater beginnt. Ich kam ja frisch ins Engagement. Mein Gott! Wo ist das hin? Was war man dumm!"

„Warst du so dumm?" warf ich aus meinen Gedanken ein und sah sie bedeutsam an.

„Dumm und auch nicht! Wie mans nimmt. Ich saß hier neben dir, so wie jetzt, und habe dir von meinen Geschichten vorgeschwatzt. Daran dachte ich wohl eben. O Gott! Habe ich Rosinen im Kopf gehabt, was ich werden muß und was ich tun will! Du magst mich im stillen schön ausgelacht haben."

Ich zuckte mit den Achseln.

„Du bist es ja geworden. Was verlangst du mehr? Wer etwas erreicht, ist niemals lächerlich. Höchstens der andere, der nichts erreicht."

Sie sah mich verwundert an.

„Wen meinst du damit?"

„Niemand!" wehrte ich ab und schüttelte den Kopf. „Sprich weiter. Ich höre zu. Es tut mir wohl."

Sie sann einen Augenblick vor sich hin, fuhr dann fort: „Na, etwas ist man ja geworden! Aber das ist doch erst der Anfang. Fortsetzung folgt. Das ganze große Glück steht noch bevor. Manchmal frage ich mich ja: Hat sich das alles gelohnt, lohnt sich das alles, die Arbeit, die man getan hat, die Mühe, die Schinderei?

Sie hatte das so in einem Satz heruntergehaspelt. Ihre immer etwas blassen, durchsichtigen Wangen waren von [illegible] Luftzug und vom Eifer der Rede leicht gerötet. Sie hielt einen Augenblick inne, um Atem zu schöpfen, schien sich dabei sozusagen auf sich selbst, auf die Situation zu besinnen, und sah mich an.

„Ich rede hier wie ein Wasserfall, und du sagst nichts! ... Was hast du? Was guckst du so nach mir hin? Was fällt dir auf?"

(Fortsetzung folgt.)

liche Erklärung eines unvermeidlichen Waffenstillstandes bedeutet nicht, von der Ausführung hängt alles ab. Wir beurteilen Deutschland nach seinen Taten. Es hat darauf verzichtet, Bedingungen zu stellen. Das ist gut, aber es muß uns jetzt zeigen, daß es wirklich geneigt ist, in dem besetzten Gebiet die Ausbeutung der beschlagnahmten Pfänder zu erleichtern.

Wenn es verlangt, daß wir die getroffenen Maßnahmen zurücknehmen, die wir, sei es für unsere Sicherheit, sei es für unsere Reparationszahlungen für unerläßlich betrachten, wenn es den Hintergedanken hat, von uns Vorteile dafür einzutauschen, gegen einfache Worte der Unterwerfung, dann würden wir keinen Schritt zur Entspannung getan haben. Der Augenblick ist also noch nicht, unsere Aufgabe für beendet zu betrachten. Die Arbeit von morgen ist viel schwieriger als die Arbeit, die wir vollbracht haben.

Gewalttätige Umtriebe der rheinischen Sonderbündler.

Nach einem bis in die Nachmittagsstunden ruhig verlaufenen Sonntag kam es zu Zusammenstößen, als schwerbewaffnete Sonderbündlertrupps die Polizei angriffen. Es gelang der Polizei, die Sonderbündler auseinanderzutreiben, als die Franzosen auf Verlangen der Sonderbündler mit Kavallerie und Panzerautos eingriffen und die Polizei umzingelten und entwaffneten. Die Sonderbündler überfielen die entwaffneten Polizeibeamten, mißhandelten sie und schossen einen Polizisten nieder. Die Reste der Schutzpolizei im Polizeigebäude wurden von den Franzosen ebenfalls entwaffnet und von den Sonderbündlern unmenschlich mißhandelt.

Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ließ sich bisher nicht feststellen. Vier Polizisten und 12 Sonderbündler sollen getötet sein. Eine große Anzahl Schwer- und Leichtverwundeter wurde in die Krankenhäuser gebracht. Die Franzosen verhafteten den Polizeidezernenten. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt.

*

Vor den bereits gemeldeten blutigen Zusammenstößen zwischen den demonstrierenden Sonderbündlern und der Schutzpolizei hatten sich bereits mehrere andere ebenfalls von den Separatisten provozierte Zwischenfälle zugetragen. Die Sonderbündler, die in verschiedenen Sonderzügen der französisch-belgischen Regie aus Aachen, München-Gladbach und Köln eingetroffen waren, formierten nach einer Ansprache einen aus etwa 3000 Köpfen bestehenden Zug, darunter bewaffnete Stoßtrupps von etwa 2000 Mann. In der Königsallee wurden von den Teilnehmern des Zuges sechs Beamten der blauen Ordnungspolizei die Säbel abgenommen und zerbrochen, am Hindenburgwall zwei andere angehalten und der eine zu Boden geschlagen. Zum Schutze dieser Polizisten rückte nun Schutzpolizei heran, auf welche, wie von Augenzeugen festgestellt ist, von Sonderbündlern geschossen wurde. Die Schutzpolizei, die darauf das Feuer erwiderte, schoß zunächst in die Luft. Als jedoch einer der Ihrigen von einer Kugel getroffen niederstürzte, feuerte sie in die angreifende Menge und räumte den Hindenburgwall in wenigen Minuten. Auf Veranlassung der Sonderbündler kam es nunmehr zu dem bereits gemeldeten Eingreifen der Franzosen.

Die Düsseldorfer Bürgerschaft hatte sich an den ganzen Vorgängen nicht beteiligt, sondern war entsprechend der Parole der Parteien und Gewerkschaften nahezu restlos von den Straßen ferngeblieben. Gastwirtschaften, Kinos und Theater waren geschlossen. Die Straßen lagen schon von 10 Uhr vormittags an still.

*

Die Pläne der Sonderbündler.

Dr. Dorten erklärte in Wiesbaden einem Vertreter des „Gaulois“, er werde die rheinische Republik auf alle Fälle gründen und fürchte keine Widerstände vom Auslande, auch von England nicht. Eine große Linie von Essen nach Frankfurt a. M., in die beide einbezogen werden sollen, werde deren Ostgrenze bilden. Bochum und Dortmund im Norden und Mannheim im Süden sollen ausgeschlossen bleiben, während die Pfalz, Birkenfeld, Nassau und das ehemalige Großherzogtum Hessen zur rheinischen Republik kommen sollen, die damit 11 Millionen Menschen umfassen werde. Frankreich werde am Rhein bleiben, solange es wolle. Die zu gründende rheinische Armee werde unter das Kommando französischer und belgischer Offiziere gestellt werden.

*

Treugelöbnis der Kölner Bevölkerung.

Ueber 100 000 Angehörige aller politischen Parteien und aller gewerkschaftlichen Richtungen schlossen sich gestern vormittag auf dem Kölner Meßgelände zu einem Schwur der Treue des Rheinlandes zum Reiche zusammen. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Das Rheinland fühlt sich unerschütterlich mit dem deutschen Vaterlande verbunden. Es wird allen Versuchen, irgendeine Aenderung seiner staatlichen Zugehörigkeit durchzusetzen, leidenschaftlichen Widerstand bis zum Letzten entgegensetzen. Die Sonderbündler haben kein Recht, im Namen des rheinischen Volkes zu handeln. Vor aller Welt berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In feierlicher Form verwahren wir uns gegen jeden Versuch, unser Recht und unsere Freiheit mit Füßen zu treten und das feste Band zu zerschneiden, das uns mit dem ganzen deutschen Volke verknüpft.

*

Rigorose Handhabung der rheinischen Eisenbahnverwaltung durch die Alliierten.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, fanden am Freitag, Sonnabend und Sonntag unter dem Vorsitzenden des Regieleiters zwischen den Spitzenorganisationen der Eisenbahngewerkschaften und der alliierten Eisenbahnregie Verhandlungen über die Frage der Wiederaufnahme des Verkehrs im besetzten Gebiet statt. Von deutscher Seite durften nur Fragen gestellt werden. Die Regie will die deutschen Eisenbahner nur unter folgenden Bedingungen wieder zu dem Betrieb zulassen:

1. Die deutschen Beamten werden auf die alliierte Regie vereidigt.
2. Es werden nur solche Beamte eingestellt, die am Orte ihrer Tätigkeit geboren sind.
3. Aeltere Leute sind von der Wiedereinstellung überhaupt ausgeschlossen; es kommen nur jüngere in Frage.
4. Die ausgewiesenen Beamten werden nicht wieder eingestellt, die Ausweisungen werden aufrecht erhalten.
5. Insgesamt darf nur ein Drittel des bisherigen deutschen Beamtenstandes wieder eingestellt werden.
6. Die Leute haben unter alliierter Leitung zu arbeiten.

Bei der Schwierigkeit des Verkehrsnetzes wurden Versetzungen aus dem Ruhrgebiet nach andern Gegenden möglichst vermieden, um die alten und eingearbeiteten Beamten auf ihren Posten zu belassen. Infolgedessen sind die Beamten im Ruhrgebiet auch meistens ältere Leute. Es ist also kaum anzunehmen, daß überhaupt die Beamten, die den französisch-belgischen Bedingungen entsprechen, auch nur das in Punkt 5 gestellte Drittel ausmachen. Trotzdem die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist die Stimmung in Eisenbahnerkreisen geradezu verzweifelt.

Danziger Nachrichten.

Fort mit der Umsatzsteuer für Lebensmittel!

Ganz besonderen Widerstand geleistet hat die sozialdemokratische Partei bei der Verabschiedung des Umsatz- und Luxussteuergesetzes gegen die Besteuerung des Lebensmittelumsatzes, denn die schon ohnehin teuren Lebensmittel werden dadurch wesentlich im Preise erhöht. Die Vereinigte sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat nun erneut den Antrag eingebracht, die Umsätze in Lebensmitteln jeder Art von der Umsatzsteuer zu befreien.

Keine zinsfreien Darlehen für Beamte. Auf eine kleine Anfrage bezüglich Gewährung von zinsfreien Darlehen an Beamte und Angestellte antwortet der Senat: „Die Finanzlage von Staat und Stadt gestattet es zu unserem Bedauern nicht, den Beamten und Angestellten zinsfreie Darlehn zur Beschaffung des für den Winter notwendigen Brennmaterials zu gewähren.“

Den Mißbrauch von Lebensmitteln bei der Herstellung von Trinkbranntwein behandelt eine Eingabe der Arbeitsgemeinschaft alkoholgegnerischer Vereine Danzigs an den Volkstag. In der Eingabe werden gefordert:

Kartoffeln, Getreide, Zucker, Obst sollen nicht ins Ausland ausgeführt werden;

Diese Erzeugnisse sollen nicht zur Herstellung von Trinkbranntwein verwendet werden.

Wer fahrlässig oder absichtlich Ernährungsprodukte verderben läßt, muß den Ausfall durch Ankauf im Auslande ersetzen.

Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages hat sich mit diesen Forderungen beschäftigt; wobei der Senat mitteilte, daß sich die erste Forderung erledige, weil Ausfuhrbewilligungen für Lebensmittel nicht erteilt würden. Hinsichtlich der zweiten Forderung nahm der Ausschuß folgende Entschließung an:

Der Senat wird ersucht: Sorge zu tragen, daß möglichst alle im Freistaat erzeugten Lebensmittel zur Ernährung der Bevölkerung Verwendung finden und nicht zur Herstellung von Trinkbranntwein gebraucht werden.

Die dritte Forderung erschien der deutschnationalen Abg. Frau Kalähne unannehmbar, da der Begriff „fahrlässig und absichtlich“ zu schwer festzustellen sei. Sie beantragte, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen, was bekanntlich zu nichts verpflichtet. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragte Berücksichtigung der Eingabe durch den Senat. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich dem sozialdemokratischen Standpunkt an.

Musikalische Morgenfeier im Stadttheater.

Diese Darbietung war eine lokal-historische Angelegenheit und langweilte trotzdem nicht — dafür zeugten das ausverkaufte Haus und der herzliche Beifall. Es handelte sich um die Vorführung älterer einheimischer Komponisten im Rahmen eines „Hochzeitsfestes im Uphagenhaus“, eine Idee, als deren Urheber wohl der verdiente Musikhistoriker Danzigs, Herr Dr. Rauschning, anzusehen ist. Gewiß, diese Meder, Strutius, Mohrheim waren keine Bahnbrecher oder Umstürzler, keine wegweisenden Leuchten, aber sie beherrschten den technischen Satz, hatten gemütvolle Einfälle, waren erfrischend musizierfreudig, leisteten im begrenzten Bezirk ihr Mögliches, plusterten sich nicht unangenehm auf und sind darum heute noch unserer Sympathie gewiß.

Um von der gestrigen Morgenfeier zu reden: Nachdem das Brautpaar und die Hochzeitsgäste unter den Klängen einer Intrada für Instrumente von Strutius Platz genommen hatten, wurde ein Duett für Sopran und Baß mit Continuo desselben Komponisten zum besten gegeben, worin über den Wert der Weisheit und der Tugend diskutiert wird, eines der schönsten Stücke dieses Mannes, der seinerzeit an Sankt Trinitatis Organist war, dort Oratorien aufführte und überhaupt damals einer der regsten Musiker in Danzig war; Herr Begemann und Frau Backhaus entledigten sich sinngemäß ihrer Aufgabe. Dann bemühte sich Frau Backhaus um zwei Sologesänge von Strutius „Nun, ihr matten Glieder“ und „Nichts lebt man mehr als Frühlingszeit“; leider klang ihr sonst so frischer Sopran matt und spröde und befriedigte nur im Piano. Es folgte F. B. Meder mit dem „polnischen Bracher“, einer Tanzsuite für 5 Streichinstrumente, von Dr. Frotscher für Streichorchester eingerichtet. Herr Selberg legte die Sache mit soviel Schwung und Laune hin, wie es ihm seine Verhältnisse gestatten. Den reinsten musikalischen Genuß bereitete Herr Wild-Polster, indem er die viersätzige Violinsonate in F-Dur von Volkmann geigte, sauber, gediegen und tonschön. Hingegen war die umfangreichste Nummer des Programms die belangloseste, das Singspiel vom träumenden Schäfer, dessen Verfasser, Fr. Chr. Mohrheim, im Grunde genommen ein ebenso banaler wie oberflächlicher Handwerker war, dieses Schäferspiel, das in der Tat für eine Uphagensche Hochzeit komponiert worden ist, bewies das zur Genüge. Die Sänger und das Kammerorchester nebst Herrn Dr. Frotscher am Klavier suchten herauszuholen, was möglich war, und nur der Chor, der am Ende einfiel, wäre besser ausgefallen.

K. R.

Erhöhung der Postanweisungs- und Postscheckgebühren. Die Gebühren für Postanweisungen und Zahlkarten im Verkehr mit Deutschland sind vom 1. Oktober ab wie folgt festgesetzt: Postanweisungen bis 50 Millionen Mark 400 000, über 50 bis 100 Millionen Mark 1 Million, über 100 bis 250 Millionen Mark 2 Millionen, über 250 bis 500 Millionen Mark 3 Millionen, über 500 bis 1000 Millionen Mark 4 Millionen usw. bis 5000 Millionen 10 Millionen Mark. Bareinzahlungen mit Zahlkarte bis 50 Millionen Mark 100 000, über 50 bis 100 Millionen Mark 250 000, über 100 bis 250 Millionen Mark 500 000, über 250 bis 500 Millionen Mark 750 000, über 500 bis 1000 Millionen Mark 1 Million, über 5000 Millionen Mark (unbeschränkt) 4 Millionen Mark. Für bargeldlos beglichene Zahlkarten wird dieselbe Gebühr erhoben, im Höchstfall jedoch für eine Zahlkarte eine Gebühr von 1 Million Mark.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft Steuermarken.

Es werden folgende Steuermarken neu eingeführt und kommen in den nächsten Tagen in den Verkehr: 30, 50, 100, 200, 300, 500 Millionen und 1 Milliarde Mark.

Die Werte zu 30, 50 und 100 Millionen Mark gelangen von Dienstag, den 2. Oktober ab durch das Hauptpostamt zur Ausgabe. Der Verkauf bei den anderen Postanstalten beginnt einige Tage später.

Die Steuermarken bis einschl. 50000 Mk. werden aus dem Verkehr gezogen. Die bei den Verbrauchern noch vorhandenen Bestände dieser Marken werden durch die Postanstalten bis zum 15. 10. d. Js. gegen noch im Verkehr befindliche Werte eingetauscht. Markenmengen im Gesamtwert unter 100000 Mk. kommen für den Umtausch nicht in Frage. Auch muß der Gesamtwert der umzutauschenden Marken durch 100000 teilbar sein. Die den Postanstalten zum Umtausch vorzulegenden Marken müssen so gut erhalten sein, daß sie ohne weiteres als unbenutzte Marken erkennbar sind.

Danzig, den 29. September 1923. (10800

Der Leiter des Landessteueramtes.

Hautjucken, Flechten
San.-Rat Dr. STRAHL's Hautsalbe seit 100 Jahren ein mildes und wirksames Mittel.
Zu haben: Danzig: Elefanten-Apotheke, Breitgasse Nr. 15. Langfuhr: Hansa-Apotheke, Hauptstraße Nr. 16.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Montag, 1. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten: Serie I.
Die verlorene Tochter
Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.
In Szene gesetzt von Heinz Brede.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Dienstag, 2. Oktober, abends 6 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Der Musikant“.
Mittwoch, 3. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie II. „Frühlings Erwachen“. Eine Kindertragödie.
Donnerstag, 4. Oktober, abends 6½ Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Tannhäuser“.
Freitag, 5. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie III. „Die verkaufte Braut“. Komische Oper.
Sonnabend, 6. Oktober, abends 6 Uhr. „Freie Volksbühne“ (Geschlossene Vorstellung).

BROT.
Die hellen, aus erstklassigem Mehl hergestellten 4-Pfund-Brote sind zu haben:
im Speicher Hopfengasse 43, Wasserseite, Tel. 1769,
„ Konsumverein Selbsthilfe, Töpfergasse 33,
„ Zentralverband d. Kriegsbeschäd., Töpfergasse 33, I,
bei Hermann Engelhard, Brabank 15,
„ Lingenau, Kohlenmarkt 8 (10778
und täglich von 3 Uhr nachmittags am Eilgutbahnhof
Weitere Verkaufsstellen werden vergeben.

Metropol-Lichtspiele
Dominikswall 12.
Die große Sensation!
Echt amerikanisch!
Das Rätsel von San Franzisko!
Detektiv-Kriminal-Tragödie aus dem Wunderland Kalifornien mit dem berühmten Charakterdarsteller Lon Chaney.
Die Stumme von Portici!
Ein prächtiges Werk nach der gleichnamigen Oper mit erster Besetzung.
Bestgewählte, gediegene Musik.

Schaft-Stepperinnen
verlangt (10590
Julius Brilles A.-G.,
Schuhfabriken,
Danzig, Weidengasse Nr. 35/38.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Policenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Büro: Arbeitersekretariat Heveliusplatz 1/2, 2 Tr., Zimmer 75. Tel. 2237.

10 verschied. Stühle
billig zu verkaufen. (†
Zigarrengeschäft Milchkannengasse

Gut erhalt. Anzug
(grau) preisw. zu verk. Gr. Mirchauer Weg 44, Fleischerladen. (†

Hündin
3 Mon. alt, Schäferh. Art, billig zu verkaufen. (†
Altst. Grab. 19/20, 2 l.

1 Flausch-Ulster, 1 fast neuer Cutaway
zu verkaufen Janca, Hansaplatz 12. (†

Starker, großer
Müllkasten
aus Holz, Blech od. Eisen zu kauf. od. gegen Lebensmittel zu tauschen gesucht.

Altes Schaufensterglas u. alte Spiegel
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 1817 an d. Exped. der Volksstimme. (10798

(Maschinenschlosser) mit Beköstigung u. Schlafstelle zum 15. 10. 23. Offerten unter V. 1815 an die Exp. der Volksstimme. (†

2-Zimmer-Wohnung (Nähe ...) ohne Keller, gegen ... od. größ. mit Keller in Danzig oder Langfuhr
zu tausch. gesucht.
Offert. unt. V. 1816 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Kl. Fahren, Umzüge
macht Katergasse 21 3 Trepp. u. Hint. Adlers Brauhaus 6, Laden. (†

Jewelowski-Werke * Aktiengesellschaft

Holz-Import — Holz-Export

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE NR. 98

Telephon: 3870, 5490-5495 = Telegramm-Adresse: Dapoholz

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischofswerder), Wierzchucin (Lindenbusch), Osie (Osche), Sauermühle

---

Schnittholz aller Art aus bester polnischer Kiefer exportiert

nach Deutschland, England, Holland, Frankreich, Belgien

Hurtownia Drzewa „Wisła"

Towarzystwo Akcyjne

Hauptbüro: Danzig, Rennerstiftsgasse 11

Fernsprecher Nr. 176, 392, 438, 3376 Telegramm-Adresse: „HADEWU"

Dampfsägewerke:

Bydgoszcz (Bromberg), Kapuścisko (Hohenholm bei Bromberg), Toruń (Thorn) und Nowawieś wielka (Groß-Neudorf, Bezirk Bromberg)

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandelsgesellschaft

Zentrale: DANZIG, Broschkischer Weg 18 ∴ Fernsprecher: 209 u. 3449 — m. b. H. — Telegramm-Adresse: „DAKEM" — Filiale: KATTOWITZ, Querstraße 2 ∴ Fernsprecher: 488, 489, 490

Alteisen u. Altmetalle, Stab- u. Formeisen, Bleche, Voll- u. Feldbahnmaterialien, Roheisen, Ferrolegierungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen neu und gebraucht

---

Kabelfabrik

= Mechanische =

Draht- und Hanfseilerei G. m. b. H.

DANZIG, LANGGARTEN 109

DRAHTSEILE

Hanfseile = Bindfaden = Eisennetze

Danziger Motoren-Werke

Inhaber: Rudolf Brörmann

Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 71 c

Telefon 6834

Automobil-Reparaturen : Blechspritzwerkstätte

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(D) Danziger Fernverkehr

Danzig—Simonsdorf—Tiegenhof und zurück.

6⁰⁰	10⁰⁰	20⁰⁰	7¹¹	ab	Danzig	an	9⁰⁰	3¹¹	9²⁹	11⁵⁰
7¹⁰	20⁰⁰	7⁵⁰	8³⁴	an	Dirschau	ab	7⁵⁶	1⁵⁵	8³⁶	10³⁹
8¹⁰	30⁰⁰	8⁵⁰	9²⁸	ab	„	an	7³²	1³⁵	8¹⁵	10³³
8⁴⁶	30⁶	9⁵	10²³	an	Simonsdorf	ab	7²³	1¹⁹	8⁰⁰	10³²
8⁴⁶	30⁴	9⁵	9²⁸	ab	„	an	7⁰⁵	1¹⁴	6⁴⁴	10²⁹
9⁰⁵	41⁵	9⁵	9²⁸	an	Neuteich	ab	6⁵⁷	12⁴⁵	5⁴⁵	9³³
9⁰⁰	40⁰⁰	7⁵	9²⁸	an	Tiegenhof	ab	6⁰⁰	12¹⁵	5¹⁵	9²⁸

Baltic Trading Company Ltd.

DANZIG

Brotbänkengasse 50

Telephon: Nr. 549 = Telegr.-Adresse: Baltraco

HOLZ-UNION G. m. b. H.

Langgasse Nr. 73

Telefon Nr. 6840 und 2622 = Telegr.-Adr.: Holzunion

ist laufend Käufer von Eisenbahnschwellen, Telegraphenstangen und Waldbeständen

---

Holzindustrie Leon Astrachan Akt.-Ges.

Kontor: Neugarten 35

Telefon 2731, 1255, 3107

Eigene Wälder in Polen :: Eigene Sägewerke in Polen und Danzig :: Export nach dem Ausland

---

Bergenske Baltic Transports Ltd., Danzig

Fernsprecher: 1[illegible], 1741, 3389, 5485, 6093, 6094, 6717

Libau — Windau — Riga — Reval — Petrograd — Warschau — Lodz — Pillau — Königsberg — Memel

Telegramm-Adresse für alle Häfen „BERGENSKE"

Reederei — Befrachtung — Spedition — Transport-Versicherung

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen von Danzig nach London — Hull — Tyne — Manchester — Liverpool — Antwerpen — West- und Ostnorwegen — Kristiania — Libau — Windau — Riga Reval — Petrograd — Gmelle, modern eingerichtete eigene Speicheranlagen und Lagerplätze für Holz, Stück- und Massengüter — Gleis- und Wasseranschluß.

Omnibusse **Möbelumzugwagen**

Sprengwagen **Milchtransportwagen**

Universalkipper **Holztransportwagen**

„Daag" Einheits-Lastkraftwagen

in jeder Ausführung für 2—5 to Nutzlast mit patentierter Motorbremse

ferner: **Anhänger** für 3—5 to Nutzlast ab Lager Danzig

H. Rheinbay Akt.-Ges.

Telephon Nr. 712, 5311 **Danzig, IV. Damm 7** Telegr.-Adr.: Rheinunion

Eigene Reparaturwerkstätte und Verführungswagen zur Verfügung